Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgeld freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark). Fernsprecher Nr. 17. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Taaen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 20 — Sonnabend, den 14. Februar — 1925

Grubenunglück in Dortmund.

135 Todesopfer, bisher 119 Leichen geborgen. — Reichskanzler Dr. Luther ist in Dortmund eingetroffen. — Beileidskundgebung im Reichstag. — Vollständige Aufgabe des Personalabbaues. — Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen am Scheitern.

Eine Schlagwetterkatastrophe in Dortmund.

Dortmund, 12. Febr. Die Zahl der Toten bei der Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein" wird sich endgültig auf 130 belaufen. Die ganze unterirdische Belegschaft der Mittagsschicht, die 136 Mann zählte, ist der schrecklichen Katastrophe zum Opfer gefallen. Es konnte nur 7 Mann, die bei dem Zusammenbrechen der Grubenbaue nicht eingeschlossen wurden, lebend, aber mit mehr oder weniger schweren Verletzungen geretet werden. Von ihnen ist indessen einer auf dem Transport ins Krankenhaus gestorben. Die jetzt noch in der Grube befindlichen 30 Bergleute sind nach menschlichem Ermessen tot. Durch die gewaltige Explosion ist die Wetterführung auf der ersten Sohle für abziehende Luft mitzerstört worden, so daß die giftigen Gase keinen Abzug haben. Bei der Unglücksschachtanlage handelt es sich um Schacht 3 der Zeche „Minister Stein", einen sogenannten Luftschacht, der in der Hauptsache zu Seilfahrten diente. Kohlen wurden auf dieser Zeche nur zum Selbstverbrauch und für die Belegschaften gefördert. In unmittelbarer Nähe liegt die Bergarbeiterkolonie Kirdorf, die durch die Katastrophe in die tiefste Trauer versetzt worden ist, weil die Verunglückten, die zum großen Teil Familienväter sind, mit wenigen Ausnahmen in dieser Kolonie wohnten.

Schon nach den ersten zwei Stunden wurde es leider klar, daß die Schlagwetterkatastrophe fürchterliche Folgen gehabt haben mußte. Die Gänge in den Stollen waren zum Teil verschüttet, auf auf längeren Strecken durch Gesteinseinbruch jedes Vorwärtskommen verhindert. Die Hoffnung, daß es den Belegschaften gelungen sein könnte, sich in Querstollen zu retten, war bei der Größe der Explosion von vornherein nicht allzu wahrscheinlich. Bis zum Morgengrauen hatte man nur etwa 80 Leichen gefunden und an die Förderschächte gebracht. Auf der Grube selbst, wo die Frauen der eingefahrenen Mannschaften mit ihren Kindern harrten, spielten sich herzzerreißende Szenen ab, als nach den Stunden der Ungewißheit die ersten Opfer an die Oberfläche gebracht wurden. Auf Bahren schaffte man die Opfer der Katastrophen in die nahe gelegenen Verwaltungsgebäude, wo sie zunächst aufgebahrt wurden. Morgens um 5 Uhr wurden die total erschöpften Rettungsmannschaften abgelöst.

Die amtliche Meldung über das Grubenunglück besagt, daß nicht damit zu rechnen ist, daß auch nur ein einziger der abgeschnitten Bergleute noch am Leben und zu retten ist. Der größte Teil der bisher geborgenen Toten ist auf der Flucht von den giftigen Schwaden erreicht und getötet worden.

Ueber die Ursache der Explosion ist immer noch kein positiver Aufschluß möglich. Verwaltung und Vertreter der Bergbehörde haben alle Maßnahmen für die Untersuchung eingeleitet.

Reichskanzler Dr. Luther an der Unglücksstätte.

Auf die Nachricht von dem Dortmunder Grubenunglück hat Reichskanzler Dr. Luther gestern (Donnerstag) mittag seinen Besuch bei der Badischen Staatsregierung in Karlsruhe abgebrochen und sich an die Unglücksstätte begeben, wo er um 11 Uhr nachts eintraf. Der Reichskanzler hat an den Oberbürgermeister Dr. Eichhoff folgendes Beileidstelegramm gesandt: „Die Schreckensnachricht von der Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein" hat mich auf das tiefste erschüttert. Sprechen Sie, bitte, den Angehörigen der Opfer meine herzlichste Teilnahme aus, die ich ihnen sobald als möglich auch persönlich zum Ausdruck bringen werde."

Eine Trauerkundgebung im Reichstage.

Berlin, 12. Febr. Die heutige Reichstagssitzung begann mit einer sehr würdigen und eindrucksvollen Gedächtnisrede des Präsidenten Löbe auf die Opfer der schweren Grubenkatastrophe bei Dortmund. Präsident Löbe betonte dabei, daß man dem Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer nur dann würdig Ausdruck geben könne, wenn man sich bemühe, soweit menschliche Vorkehrungen dazu imstande seien, in Zukunft solche furchtbaren Unglücksfälle zu verhindern und anderseits alles zu tun, um den Angehörigen die äußeren Lasten des Unglücks zu erleichtern. — Dann setzte das Haus die zweite Lesung des Haushaltsplanes beim Reichsarbeitsministerium fort und beschäftigte sich eingehend mit dem Reichsversicherungsamt.

Die Bergungsversuche.

Dortmund, 12. Febr. Nach Angaben der Rettungsmannschaft sind die Sohlen zwei und drei jetzt von Toten frei. Dagegen nehmen die Arbeiten auf Sohle eins einen außerordentlich langwierigen Verlauf, vor allem weil die noch nicht geborgenen Leichen hinter starken Bruchmassen liegen und der Ort zum Teil versumpft ist, was die Gefahr für die Rettungsmannschaften verstärkt. Immer wieder werden durch Gasvergiftung in Mitleidenschaft gezogene Rettungsleute zur Verbandstube gebracht. Bei fünf von ihnen ist der Zustand bedenklich. Ein Rettungsmann ist gestorben. Gegen 7 Uhr abends sind noch nicht alle bisher geborgenen Leichen identifiziert, und dabei verlängern sich die erschütternden Reihen der Toten noch immer. Brandwunden weist nur der kleinere Teil der Leichen auf. Die meisten tragen die typischen Merkmale des Erstickungstodes. Andere scheinen betäubt und eingeschlafen zu sein. Bis jetzt sind 119 Tote geborgen. Morgen früh findet eine weitere Untersuchung der Unglücksursache statt. Der Tag der Beerdigung ist noch nicht festgesetzt.

Die Kanzlerrede in Stuttgart.

Stuttgart, 11. Febr. Nach dem Empfang der württembergischen Minister durch den Reichskanzler im Staatsministerium fand ein Pressegabend statt. Im Neuen Palais fand dann am Abend ein geselliges Zusammensein statt, an dem die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden sowie Vertreter aller Berufsschichten teilnahmen. Staatspräsident Bazille hielt eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. bemerkte, daß der Name Berlin seit einigen Jahren keinen guten Klang in deutschen Landen bekommen habe, wobei man ja nicht an die Bevölkerung Berlins, sondern an die dort gemachte Politik denke. Die Auskunft, die der Reichskanzler im engen Kreise der württembergischen Regierung über manche wichtige Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern gegeben habe, hätte in vielfacher Hinsicht doch recht beruhigend gelautet. Besonders erfreulich sei, daß Dr. Luther in einer Zeit, wo Minister und Reichskanzler dahingehen wie das Abendrot, schon seit etwa 2 Jahren im Dienste des Reiches geblieben sei. Mancher stille Vorwurf knüpfe sich an seine Tätigkeit, insbesondere beim Aufwertungsproblem. Aber die entsprechenden Maßnahmen seien zu jener Zeit notwendig gewesen, bedeuteten aber nichts gegenüber der größten Tat, der Rettung des deutschen Volks vor vollständigem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Der Staatspräsident betonte, daß der Kanzler das Vertrauen des württembergischen Landes in seinen weitesten Teilen besitze, und hieß ihn nochmals im Namen des württembergischen Volkes aufs herzlichste willkommen. — Dr. Luther erwiderte, auch er habe in seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister von Essen die Erfahrung gemacht, daß die Liebe für die Reichshauptstadt nicht überall ganz gleichmäßig entwickelt sei, daß es sich aber doch nur um kleine Störungen gehandelt habe. Die Absicht, auf der die gegenwärtige Reichsregierung aufgebaut sei, sei eine Mehrheitsregierung und als solche ja doch eigentlich die allein in Betracht kommende Regierungsform für den parlamentarischen Staat. Wohl könne man sich gelegentlich auch mit einer Minderheitsregierung abfinden. Die schweren geschichtlichen Aufgaben, die jetzt im Reiche zu lösen seien, müßten auf der festen tragfähigen Grundlage einer Regierungsmehrheit gelöst werden. Die Tendenz der Regierung, die der Kanzler zu führen habe, werde immer sein, für die bevorstehenden schweren Entscheidungen auch in der Innenpolitik eine so breite Grundlage zustandezubringen, die alle staatsbejahenden Kräfte — und der große überwiegende Teil des deutschen Volkes bestehe aus solchen — miteinander vereinige. Im weiteren Verlaufe seiner Rede nahm der Kanzler auf die kulturelle und wirtschaftliche Lage Württembergs Bezug, wobei er insbesondere an die ehrwürdige Gestalt des Grafen Zeppelin erinnerte. Die Rede des Kanzlers wurde mit stürmischem Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

Die erste Absage an Marx.

Berlin, 12. Febr. Der zum Ministerpräsidenten gewählte frühere Reichskanzler Marx hatte gestern mittag mit Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung im Landtage Besprechungen. Ueber seine Fühlungnahme mit der Wirtschaftlichen Vereinigung verlautet, daß die Fraktionsvertreter, die Abg. Ladendorff und Müller-Franken Herrn Marx keinen Zweifel darüber ließen, daß für sie jede Diskussion sich erübrige, die sich auf die Unterstützung einer auf die Weimarer Koalition begründeten Regierung beziehe. Ein Ministerium, in dem Minister wie Severing und Hirtsiefer säßen, sei für die Wirtschaftliche Vereinigung und Mittelstandspartei einschließlich der Hannoveraner untragbar. Die Abgeordneten fügten die Bitte hinzu, man möge den bewußten Fälschungen, die besonders in der Linkspresse zutage treten, den Boden entziehen, die fortgesetzt Meinungsverschiedenheiten zwischen Hannoveranern und den Wirtschaftsparteilern in der Wirtschaftlichen Vereinigung kolportierten. Der Abg. Müller-Franken betonte bei dieser Unterredung, an der auch Staatssekreär Dr. Weismann teilnahm, die Notwendigkeit einer Rechtsregierung. Die Deutschnationalen hätten einen Anspruch darauf, zu zeigen, was sie könnten, man dürfe sie nicht dauernd zur Oppositionspartei machen.

Neue Unterbrechung der Pariser Verhandlungen.

Paris, 11. Februar. Zwischen den Mitgliedern der deutschen und der französischen Handelsvertragsdelegation hat eine Besprechung stattgefunden, in deren Verlauf es nicht möglich war, eine geeignete Verhandlungsbasis zu finden. Es hat sich herausgestellt, wie große Schwierigkeiten noch zu überwinden sind, wenn bezüglich der Bestimmungen für das Handelsprovisorium und bezüglich der Bestimmungen für den endgültigen Handelsvertrag eine Einigung erfolgen soll. Unter diesen Umständen ist vorerst eine weitere Besprechung der beiden Delegationen nicht vereinbart worden. An den Verhandlungen haben die beiden Delegationsführer nicht teilgenommen.

Der Handelsvertrag mit Amerika.

Washington, 11. Februar. Der Senat hat den Handelsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nach kurzer Debatte ohne namentliche Abstimmung angenommen, da seine Einwände nach dem bereits gemeldeten neuen Vorbehalt beseitigt worden waren. Nach diesem Sachverhalt sollen die Bestimmungen des Vertrages gegen Vorzugszölle automatisch innerhalb von 60 Tagen aufgehoben werden, wenn der Kongreß ein Gesetz zugunsten der Vorzugszölle angenommen hat, vorausgesetzt, daß die Annahme eines solchen Gesetzes nicht innerhalb von 10 Monaten nach Austausch der Ratifikationen erfolgt. Der Vertrag enthält ferner einen bereits gemeldeten Vorbehalt, der beiden Ländern das Recht einräumt, die Einwanderung zu überwachen.

Die Untersuchung gegen Dr. Höfle.

Berlin, 11. Februar. Nach der Verhaftung des früheren Reichspostministers Höfle hat die Staatsanwaltschaft unter Leitung des Oberstaatsanwalts Dr. Linde sehr eingehend geprüft, welche Schritte im Zusammenhang mit dieser Affäre zunächst zu unternehmen sind. Die Staatsanwaltschaft hat mittlerweile weitere Schritte in der Richtung unternommen, daß sie die Zentrumspartei zu veranlassen suche, den Abgeordneten Lange-Hegermann zur Mandatsniederlegung zu veranlassen. Gegen Lange-Hegermann schwebt ein Ermittlungsverfahren wegen Teilnahme am Betrug und wegen Untreue. Daneben wurde vom Finanzamt eine Aktion eingeleitet, die ergeben soll, inwieweit sich Höfle, Lange-Hegermann, Bauer und der Berliner Polizeipräsident Richter der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben. Gegen Richter ist weiter ein Ermittlungsverfahren wegen passiver Bestechung eingeleitet worden. Ob die Angelegenheit auf diesen Kreis beschränkt bleibt, ist noch sehr ungewiß, da von verschiedenen Seiten heute wieder mit weiteren Enthüllungen gedroht wird, wenn die Leute, die es angeht, es nicht vorziehen sollten, von sich aus die Konsequenzen zu ziehen, zum mindesten aber, sich größter Zurückhaltung bei der öffentlichen Behandlung der ganzen Affäre zu befleißigen.

Kleine politische Nachrichten.

— Auch der Reichspräsident hat aus Anlaß des großen Grubenunglücks an den Oberberghauptmann in Dortmund ein Beileidstelegramm gerichtet:

— Reichskanzler Dr. Luther stattete am Mittwoch der württembergischen Regierung seinen Antrittsbesuch ab.

— Das thüringische Staatsministerium hat für den am ersten März stattfindenden Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges angeordnet, daß in Stadt und Land würdige Gedenkfeiern abgehalten werden. Lustbarkeiten sollen unterbleiben. Die Kirchenbehörden sind um Abhaltung von Trauergottesdiensten und Glockengeläut gebeten worden.

— Der Jahrestag der Krönung des Papstes wurde